

„Angstsznarien unbegründet“

■ **Bielefeld.** Die Kreishandwerkerschaft Bielefeld sieht die „Angstsznarien“ der städtischen Gesellschaften zur Änderung der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen als unbegründet an. Es werde lediglich wieder der Gesetzesstand eingeführt, der vor 1999 gegolten habe. In dieser Regelung sei festgehalten, dass sich eine Kommune nur wirtschaftlich betätigen dürfe, wenn ein dringender öffentlicher Zweck gegeben sei. Außerdem bestünde Bestandsschutz für bereits aufgenommene zulässige Betätigungen der Kommune. Die bislang verbreitete Panikmache wegen angeblicher Existenzbedrohung oder Arbeitsplatzverlusten sei völlig aus der Luft gegriffen, sagte Hauptgeschäftsführer Jürgen Sautmann.

Erste Master in Gesundheit

■ **Bielefeld.** In einer Feierstunde hat die Fachhochschule des Mittelstands (FHM) den ersten Absolventen des Master-Studiengangs „Management und Controlling in der Gesundheitswirtschaft“ ihre Masterurkunden überreicht. Die Studenten hatten sich zwei Jahre lang berufsbegleitend Management- und Controllingkompetenzen für die Übernahme von Führungspositionen in der Gesundheitsbranche angeeignet. Die Gesundheitswirtschaft gehöre zu den wachstumsstärksten Branchen in Deutschland, erklärte Hochschulprofessor Uwe Sander.

Freiwilliges Soziales Jahr beim DRK

■ **Bielefeld.** Der Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes Unna bietet ab September die Möglichkeit, in Bielefeld oder Herford ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu absolvieren. Die Teilnehmer müssen zwischen 18 und 26 Jahre alt sein. Taschengeld, Verpflegung, Sozialversicherung und gesetzlich geregelter Urlaubsanspruch sind inbegriffen. Zusätzlich wird die Teilnahme an 25 Seminartagen gewährt. Das FSJ kann auch als Ersatz von Zivildienst geleistet werden. Informationen unter ☎ (02303) 25 45 32 36 oder per Mail unter fsj@drk-kv-unna.de.

Reisen für Senioren

■ **Bielefeld.** Die Gesellschaft für Sozialarbeit bietet Seniorenreisen für Menschen aus der Region Ostwestfalen-Lippe an. Seit kurzem ist eine Reise nach Bad Sachsa von Mittwoch, 8. August, bis Mittwoch, 22. August, im Programm. Prospekt und weitere Informationen unter ☎ (0521) 5 20 01 45 bei Katja Müller.



Städte und ihre Zukunft: Professor Julian Nida-Rümelin, Professor Maria Dietzel-Papakyriakou, SWR2-Journalist Reinhard Hübsch, Hamburgs Senatsdirektorin Marie-Luise Tolle, Spiegel-Journalist Norbert F. Pözl und Dr. Walter Prigge (von links). FOTOS: THORSTEN ULONSKA

Inselfreie Vielfalt

Symposium „Zukunft Stadt“: Expertendiskussion im Stadttheater

VON CONRAD SCHORMANN

■ **Bielefeld.** Vor der Expertendiskussion hatte Julian Nida-Rümelin das Bielefelder Zukunftsprogramm gelobt. Angesichts des demografischen Wandels und anderer Herausforderungen „finde ich den pragmatischen Tenor angenehm“, sagt der Professor. Bielefelds Demografie-Beauftragte Susanne Tatje vermeide eine „hysterische Attitüde“.

Bei diesem Etikett blieb es, als sich der personifizierte Sachverständige im Stadttheater zu Nida-Rümelin aufs Podium gesellte,

um über „Zukunft Stadt“ zu sprechen. Welcher Inhalt das zu vor vergebene Etikett rechtfertigt, vermochte Moderator Reinhard Hübsch den Gästen nicht zu entlocken. Nach einem gescheiterten Anlauf („Was ist denn nun mit Bielefeld?“) verzichtete er darauf zu insistieren. Ob Dr. Walter Prigge (Stiftung Bauhaus), Professor Maria Dietzel-Papakyriakou (Uni Duisburg), Marie-Luise Tolle (Senatsdirektorin Hamburg) oder Norbert F. Pözl (Der Spiegel), sie alle haben nicht die ostwestfälische Hauptstadt im Blick, sondern das große Ganze: Herausforderungen, denen sich

Städte stellen müssen, und Chancen, die sich ihnen bieten. Manigfaltige Aspekte von Urbanität im Wandel beförderten sie ans Tageslicht, und einige dürfen zu verhindern versuchen sollen. Nicht nur Inseln der Armen übrigens oder Inseln der Aussiedler. „Es gibt auch Inseln der Reichen“, stellt Prigge fest. Pözl assistiert: Die Chance der Stadt liege in ihrer Vielfalt, sei es die Vielfalt der Ethnien oder die der

Generationen. Aber Vielfalt entsteht nur ohne Inseln. Damit sie entsteht, empfiehlt Dietzel-Papakyriakou, zwangsläufige Begegnungen zu schaffen, „indem wir die Menschen aus der Peripherie zurückholen“. Der Bevölkerungsrückgang betrifft Bielefeld weniger als etwa die „Schumpfstädte“ im Osten. Aber keiner Stadt schadet es, wenn ihre Frauen mehr Kinder gebären. Und das werden sie nur tun, wenn berufstätige Mütter sich nicht länger für ihre Berufstätigkeit rechtfertigen müssen. Tolle: „Den Begriff ‚Rabennutter‘ gibts nur in Deutschland.“ > Politik, Seite 3

Kommunalunternehmen auf den Barrikaden

Gemeinsamer Protest auf dem Jahnplatz gegen Pläne der Landesregierung

■ **Bielefeld (cos).** Die Busse und Bahnen von MoBiel-Chef Wolfgang Brinkmann transportieren täglich tausende Menschen kreuz und quer durch die Stadt. Weil MoBiel damit Verlust macht, sucht Brinkmann neue Wege, mit seinem Transportgeschäft Geld zu verdienen. Womöglich wird ihm das bald verboten.

Die Ärzte im Städtischen Klinikum sind auf sterile Instrumente angewiesen. Für die „Zentralsterilisation“ braucht Klinik-Chef Johannes Kramer neue Maschinen. 2,5 Millionen Euro kosten diese Maschinen, aber so viel kann die Klinik alleine nicht bezahlen. Darum will Kramer das Geschäft mit einem privaten Partner stemmen. Womöglich wird ihm das bald verboten.

Damit diese und ähnliche Vorhaben nicht verboten werden, berichteten Brinkmann, Kra-



„Geht an die Substanz“: BGW-Chef Norbert Müller, Moderator Peter Stuckhard, Wolfgang Brinkmann, Johannes Kramer. FOTO: T. ULONSKA

mer und andere Vertreter kommunaler Unternehmen am Samstag auf dem Jahnplatz von den Problemen, die ihnen die ge-

plante Änderung der Gemeindeordnung einbrocken könnte: Das Land plant, die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Un-

ternehmen einzuschränken (wir berichteten mehrfach). Mögliche Folgen zeigten die in Bielefeld betroffenen Unternehmen am Samstag auf. Stadtwerke, MoBiel, Städtische Kliniken, BGW, Bietel und die BBF zeigten ihre Leistungen für Infrastruktur und Lebensqualität der Stadt. Sie machten deutlich, dass sie tausende Arbeitsplätze sichern und den städtischen Haushalt jährlich um etwa 70 Millionen Euro entlasten.

Kramer erklärte, eine Partnerschaft von privaten und kommunalen Unternehmen, wie er sie in Sachen Sterilisation anstrebt, sei ein gängiges Modell, um alternative Finanzierungen zu realisieren. Uns würden solche Modelle untersagt, „obwohl uns das Land doch dazu aufgefordert hat, sie zu finden.“ Was jetzt in Düsseldorf geplant werde, „geht an die Substanz“.

Sennestädter aus Leidenschaft

Zum Tode von Altbürgermeister Hans Vogt / Kommunalpolitisch engagiert / Dem Kabarett verbunden

VON DIETER BURKAMP

■ **Bielefeld-Sennestadt.** Geboren ist er in Bielefeld, doch sein Verhältnis zu dieser Stadt und ihren Regenten war zumindest in Zeiten seiner politischen Tätigkeit zwiespältig. Hans Vogt wurde Sennestädter und war dies mit Leidenschaft und aus vollem Herzen. In der Nacht zum Samstag ist der Altbürgermeister in seinem Heim in der Industriestraße in Sennestadt im Alter von fast 85 Jahren gestorben.

Eigentlich wollte Hans Vogt, der in Brackwede das Handwerk eines Vulkaniseurs gelernt hatte, nach Krieg und Gefangenschaft zum Theater. Er schrieb Kabarett-Texte für das Kom(m)öchen in Düsseldorf und reichte humorvolle Gedichte bei Künstler-Agenturen ein. Einmal bekam er sogar ein Honorar von 80 Mark. Aber leben konnte er davon nicht. Mit seinem Freund Siegmund Pörtner zog er in jun-

gen Jahren kreuz und quer durch Deutschland, bis beide des Vagabundierens müde wurden und sich ihren erlernten „seriösen“ Berufen zuwandten: Pörtner ging ins väterliche Bauunternehmen, Vogt wurde Betriebsleiter in der Schweiz.

Doch die Verbindung blieb, und als Siegmund Pörtner seinem Freund vom Aufbau der Sennestadt berichtete, kam Hans Vogt zurück. Er war einer der Pioniere dieses einmaligen Städtebauprojektes. Schon 1955 siedelte sich Hans Vogt in der Industriestraße an. Dort baute er seinen Vulkaniseurbetrieb auf, der heute von seinem Sohn Tim geführt wird.

Hans Vogt aber wollte mehr, er wollte die Sennestadt mitgestalten und nicht nur als Unternehmer von ihr profitieren. Nachdem er 1958 in die SPD eingetreten war, machte er schnell Karriere. Schon drei Jahre später wurde er Ratsmitglied. Sennestadtplaner Hans-Bernhard Rei-



Gestorben: Hans Vogt.

chow schätzte den jungen Politiker „wegen seiner Offenheit und modernen Ansichten“. 1964 wurde Hans Vogt Bürgermeister. Das blieb er bis 1973, bis der Landtag die Eingliederung Sennestads nach Bielefeld beschloss.

Die Folgen der Neuordnung, bedeuteten einen tiefen Einschnitt in der politischen Laufbahn von Hans Vogt. Zwar ging er als Stadtrat nach Bielefeld,

übernahm auch noch das Amt des Bezirksvorstehers, doch die rechte Freude an der Politik wollte bei ihm nicht mehr aufkommen. 1979 zog sich Vogt aus der Kommunalpolitik zurück, resigniert und tief enttäuscht. Der engagierte Macher konnte nichts mehr bewegen. Er musste hilflos mit ansehen, dass die Bezirksvertretung nur ein Vorschlagsrecht hatte, entscheiden wurde in Bielefeld und das oft gegen die einhelligen Sennestädter Interessen.

Auch nach seinem Ausscheiden erhob Hans Vogt immer wieder seine Stimme. Das Tauziehen um die Württemberger Allee ist ein typisches Beispiel. Als dieses Baugebiet immer wieder verzögert und reduziert, als zwischen Parteien gekungelt wurde, gab er aus tiefer Verärgerung sein Parteibuch zurück. Ein paar Jahre später konnten ihn alte Parteifreunde jedoch dazu bewegen, wieder in die SPD einzutreten. Er blieb auch in der Partei,

als die Pläne für die Württemberger Allee schließlich ganz in die Ablage gepackt wurde.

Natürlich war Hans Vogt auch ohne die Politik für seine Sennestadt aktiv. Er wurde 1983 Mitbegründer des Sennestadtvereins, den sein Nachfolger im Amt des Bezirksvorstehers, Horst Thermann, angeregt hatte, wurde dessen Vorsitzender und gründete den „Arbeitskreis für Plattdeutsch und Brauchtum“. Diesem Kreis gehörte er bis zuletzt an. Mit plattdeutschen Kabarett-Texten attackierte er auf Mundart-Abenden dann gelegentlich die Entscheidungen im Bielefelder Rathaus und kam damit seinem Berufswunsch Theater im Alter wieder ein bisschen näher.

Hans Vogt war gradlinig, als Politiker und als Mensch. Er ließ sich nicht verbiegen, und er ging keine faulen Kompromisse ein. Dass das letztlich einer kommunalpolitischen Karriere im Wege stand, kümmerte ihn nicht.

Briefe an die Lokalredaktion

Debatte über den Standort „Lange Lage“

Mehrfach berichtete die NW über die Pläne zur Bebauung des Gebiets „Lange Lage“ im Zuge der Uni-Erweiterung. Hierzu erreichten uns mehrere Leserbriefe – einer davon ist geschrieben von Rainer Hahn; er hat für Grünen einen Sitz im Rat der Stadt:

Es ist für jede Stadt zu begrüßen, wenn in ihren Mauern investiert wird. Geht es im Fall von FH-Verlagerung und Uni-Erweiterung jedoch um das Wo?, dann lohnt doch ein Blick über die Grenzen der Stadt. In Essen zum Beispiel freut man sich über den Zuzug der kompletten Konzernzentrale der Thyssen-Krupp AG. Geplant und realisiert werden Neubauten auf einem über 20 Hektar großen Campusgelände. Wo? Unmittelbar nordwestlich der Innenstadt, auf einer ehemaligen Industriebrache mit optimaler Anbindung an Verkehr und Einkaufsmöglichkeiten im Stadtzentrum. Und in Bielefeld? Losgelöst von den Einrichtungen im Hauptgebäude werden Einrichtungen an der westlichen Peripherie geplant – fernab von Stadtkern und Bahnhof. Fachhochschule und Uni-Bauten sollen neu entstehen in der Bachau-landschaft zwischen Gellershagener und Babenhauser Bach. Ein Stück Ravensberger Kulturlandschaft, dass erst verkehrsmäßig noch erschlossen werden müsste. Dabei hat die Universität selber Erweiterungsflächen auf ihrem Gelände ausgewiesen, die jetzt in der Planung völlig unberücksichtigt bleiben. Bielefeld spielt in der ersten Liga, Essen ist zweitklassig. Überträgt man das auf diese Planung, ist es umgekehrt.

Detlef Stock
33619 Bielefeld

Einer der Zuschauer sagte am Ende der Veranstaltung sinngemäß, dass für ihn noch immer kein entscheidender Grund genannt worden sei, warum die Neubauten der Fachhochschule und der geplante Technologie-Park unbedingt an der Langen Lage gebaut werden müssen. In der Tat gibt es kaum vernünftige Gründe für Planungen eines

neuen Hochschul-Standortes „auf der grünen Wiese“, aber eine Menge von guten Gründen für die Nutzung und den Ausbau der vorhandenen Standorte. Um nur drei zu nennen: Es werden Steuergelder gespart, die Universität bleibt eine Hochschule der kurzen Wege und es werden keine neuen Freiflächen im Außenbereich „verbraucht“. Das Argument von Fachhochschul-Rektorin Rennen-Allhoff, dass die FH-Gebäude sanierungsbedürftig seien, ist wirklich kein Grund, gleich Neubauten in der freien Landschaft zu fordern, sondern vielmehr sie zu sanieren. Das eingesparte Geld für die Neubauten sollte – wenn es denn beim Land vorhanden wäre – besser für den Ausbau der Lehre verwendet werden. Umso mehr verwundert es, dass der geplante Wettbewerb offensichtlich nicht ergebnisoffen gestaltet ist. Es wird nicht nach der besten Lösung gesucht, sondern der Wettbewerb wird auf die Flächen an der Langen Lage eingengt, anstatt auch kostengünstige und attraktive Lösungen an den vorhandenen Standorten erarbeiten zu lassen. Die Bürger(innen) haben zudem kein Mitspracherecht, somit ist das „offene und transparente“ Verfahren eine reine Alibi-Veranstaltung.

Rainer Hahn
33619 Bielefeld

Was für ein Widerspruch! Zum 13. Mal lobt die Stadt Bielefeld dieses Jahr den mit 2.000 Euro dotierten Umweltpreis aus. Ich zitiere: „Die Auslobung des Umweltpreises ist von Bedeutung für die Stärkung des Umweltbewusstseins. Der Umweltschutz hat nach Jahren der Stagnation wieder einen größeren Stellenwert für die Menschen und auch in der Politik. Dazu tragen nicht zuletzt die ungelösten Probleme wie Klimawandel, Feinstaub und Flächenverbrauch bei!“ Und Baudezernent (inklusive Rektorat Uni und FH) beharren immer noch darauf, dieses einmalige Naherholungsgebiet trotz allem zu zerstören! Was für eine Farce.

Regina Schütz
33615 Bielefeld

Für Arminia eine Katastrophe

Über ein Abendessen von Arminia-Offiziellen mit Ministerin Ulla Schmidt berichtete die NW am 26. Februar). Hierzu schrieb uns Günter Becker:

Andernfalls wird die Schüco-Arena bald leer sein und der Verein pleite – für Bielefeld eine Katastrophe.

Günter Becker
33609 Bielefeld

Die Herren Kentsch und Milberg von Arminia sind dabei, weil sie die Aktion „Bewegung und Gesundheit“ unterstützen. Vielleicht können sie sich von der Ministerin beraten lassen, wie die „akute Abwärtsbewegung von Arminia“ unverzüglich gestoppt werden kann. Arminia braucht dringend bessere Spieler für Angriff und Verteidigung, aber keine neue Tribüne!

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Falls Sie per E-Mail schreiben, geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer mit an. So können wir überprüfen, ob der Leserbrief wirklich von Ihnen stammt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegen folgende Prospekte bei:

Deichmann	Karstadt	Quelle
Rossmann	Sinn-Leffers	

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute einen oder mehrere der oben genannten Prospekte nicht vorfinden. Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne!

Telefon (05 21) 5 55-6 26 oder Fax (05 21) 5 55-6 31